

Sie Rote Fahne

Zentralorgan des Spartakusbundes

Redaktion: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 114 II. Fernspr.: Uml. 2174 u. 3385. Expedition: Berlin SW 65, Friedrichstr. 217 II. Fernspr.: Uml. 5755. Nach-Auslieferung: Röderstr. 144, Erdgeschoss (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Aboanmeldepreis für Inland monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 3.00 M.
Freizeitpreis: die 7 gesetzte Spalten-Normalseite 75 Pf.
Kleine Anzeigen: Ueberschriftenwort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Die Bestattung der sieben Matrosen

Weder das voll entstandene Verleumdungsbüchlein der bürgerlichen Presse mit dem „Vorwärts“ am der Spitze, noch die Propaganda für die Gegendemonstration der Scheidemänner hat irgend welchen Einfluss auf das revolutionäre Proletariat Groß-Berlins gemacht. Die Bestattung der sieben gefallenen Matrosen der Flosssmarinedivision wuchs sich aus zu einer mächtigen Demonstration der Gewaltthäuser des Berliner Proletariats: der Arbeiter der Großbetriebe. Auch viele Mittel- und Kleinbetriebe waren durch mitgeführte Plakate kundlich gemacht. Ein Plakat lautete: „Drei Männer liegen wir als Mörder der Matrosen an: Ebert, Landsberg, Scheidemann“. Massen haben heute auch die Scheidemänner auf die Beine gebracht, aber deren Grundstock bestand aus mittleren und kleineren Beamten, Kleinbourgeoisie und nur spät eingespengten Arbeitergruppen.

Vor dem Schlosse standen die Särge der sieben Tapferen aufgebahrt, vor ihnen die lange Reihe der Trauergänger. Nach Abschiedsworten des Matrosen Tost vom 53er Aufschuß hielt Gen. Ledebour eine Ansprache, die in einen Treueid zur Revolution ausmündete, ein Schwur, der von der Masse ernst und wichtig aufgenommen wurde. Unter den Klängen der Militärmusik setzte sich darauf der Zug in Bewegung; der rote Soldatenbund, die Matrosen, die Arbeiter, alle schlossen sich, nachdem sie zuerst Spalier gebildet hatten, zusammen. Reihen der Paradeschreiber. Der Zug in dem alle Großberliner Großbetriebe, Spandau usw. durch gewaltige Aufzüge vertreten waren, brauchte tolle ein und eine halbe Stunde zum Vorbeimarsch. Die Russen: nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann brachen nicht ab. Die Kommunisten waren unter eigenem Banner erschienen, auch die arbeitende Jugend bildete einen langen Zug.

Im Friedrichshain warteten des Zuges die offenen Gräber, in die die Särge mit drei Ehrensalven versetzt wurden, nahe bei den Opfern des 6. Dezember und des 9. November. Gen. Liebknecht schickte den sieben Gefallenen den letzten Scheidegruß nach; mit flamenden Worten erhob er Anklage gegen die Schuldigen des Blutbads und forderte die revolutionären Arbeiter und Soldaten auf, nicht zu rasten und zu ruhen, bis die fluchtbürtige Ebert-Regierung am Boden liege.

So, in überwältigenden Massen geleitete das revolutionäre Proletariat seine Gefallenen zu Grabe — indessen die Jüge der Scheidemänner mit schmetternden Marschweisen die Straßen durchzogen, gespielt von dem bürgerlichen Straßenspielkunst.

In Zusammenfassung.

In den Stunden kam es zwischen Trupps aus Scheidemann-Leuten und vom Friedrichshain Zurückkehrenden zu Zusammenstößen am Schloss und am Leipziger Platz. Dabei kam es zu kleinen Schießereien.

Der Groß-Berliner Bürgerrat.

Aufforderung zum politischen Mord.

Am Sonntag vormittag wurde folgendes anonyme, keinen Vermerk über Druder und Herausgeber tragende Flugblatt in den Straßen Berlins verteilt:

„Arbeiter! Soldaten! Die Weihnachtsfeiern der Spartakusgruppe führen direkt in den Untergang. Niemand von uns will Blut vergießen. Aber eher kann man einen tollen Hass durch Bibelsprüche füllen, als Spartakus durch sonstiges Zureden. Der rohen Gewalt dieser Verbrecherbande kann nur mit Gewalt begegnet werden. Wenn man uns nicht rütteln will, wehren wir uns unserer Haut! Das heuchlerische Geschrei der Spartakusleute über das „Blutbad“ macht uns nicht irre an ihrer Absicht, Arbeiter gegen Arbeiter, Soldaten gegen Soldaten in den Kampf zu treiben. Wollt Ihr Frieden? Dann sorgt Mann für Mann dafür, daß die Gewaltthäuser der Spartakusleute ein Ende nimmt! Wollt Ihr Brot? Dann sorgt, daß alle Räder sich drehen. Wollt Ihr Freiheit? Dann macht die bewaffneten Tageliebe Liebhaber unschädlich! Wenn Ihr einzig seid, reißt die ganze

Gesellschaft aus. Wollt Ihr hungern? Dann hört auf Liebknecht! Wollt Ihr Sklaven der Entente werden? Liebknecht vermittelt es. Hoch die Ordnung und das Recht! Nieder mit der Diktatur der Anarchisten!“

Aus dem Schmutz der Gasse greifen wir diese Aufforderung zum Mord unter den vielen ihres gleichen heraus, nur weil einige Genossen die Fessierung des Herausgebers gelungen ist. Einer der Straßendverteiler, zur Rede gestellt, schämte sich der Verbreitung dieses namenlosen Produktes und gab die Adresse des Druders. Auch der Druder hielt mit der Auskunft über seine Auftraggeber nicht zurück. Es ist der Bürgerrat von Groß-Berlin, der in der gleichen Druderei zahlreiche andere Publikationen eines liberalisierenden, aus dem Boden der revolutionären Errungenschaften stehenden Charakters mit seiner Firma und den Namen seiner geschäftsführenden Mitglieder herstellen läßt. Produkte wie dieses freilich löst die wohlhabend-gutsbürgерliche Organisation des Finanzkapitals und des Proj. Sieber sicher ungedeckt. Aber man hat nun wenigstens eine Fährte dafür, wer die Mordtaten der Ebert-Regierung mit Aufrufen zum Mord führt.

Das Ergebnis der englischen Wahlen.

Amsterdam, 29. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Reritermeldung aus London werden die Wahlen durch die vollständige Niederlage aller Parlamentsmitglieder charakterisiert, die während des Krieges pro-fascistische Neigungen an den Tag legten. Die ehemaligen liberalen Exminister wurden mit großer Mehrheit geschlagen, Lord Robert Cecil wurde wieder gewählt. Die Sozialisten 339, Liberale 192, Unionisten 334, Liberale 127, Arbeiters 10; Sozialdemokraten: Wahlgänger 85000, unabhängige Unionisten 48, andere 5, Arbeiterspartei 65, Freuen 1, Nationalisten 7, Sinnfeiner 70. Nur drei Ergebnisse standen noch aus. Der Sinnfeinführer Deoicta hat den Nationalisten Dillon geschlagen.

Eine Kundgebung der Hesse-Dittmann-Barth.

Dem W. T. B. wird eine Kundgebung der ausgeschiedenen Mitglieder des Ebert-Kabinets übergeben, aus der wir folgende Stellen anführen:

Der Bürgerrat, in den auf dem Kongreß die Unabhängigen keine Vertreter entzogen haben, hat am Sonnabend, den 28. Dezember, auf die Fragen, die die Unabhängigen ihm vorlegten, in Ebert, Scheidemann und Landsberg gebedt, obwohl diese selbst zur Überprüfung ihrer unabhängigen Kollegen zugestanden, daß sie in der Nacht vom 24. früh dem Kriegsminister den unbegrenzten Auftrag gegeben haben, alles zu tun, um Wels zu retten, und damit die unzehnerliche Kanzlei gegen Schloß und Marshall, sowie das Blutgericht verklagt haben. Damit war der politische Monumen geschaffen, in dem die Unabhängigen das Kabinett verlassen mußten.

Die Unabhängigen standen kurz vorher vor der Frage, ob sie allein die Regierung übernehmen wollten. Dazu wären sie nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf einen Zentralrat hätten stützen können, der ihre Anhänger in allen wesentlichen politischen Fragen teilte, denn jeder Regierung fehlt die Existenzgrundlage, wenn die Gewalt, von der sie selbst ihre Macht herleitet, die sie jederzeit abzuwenden kann, in den Grundanhaugen angeknüpft steht wie sie selbst.

Die Auflösung der Bürgerwehr.

Aus München wird unter dem 28. Dezember gemeldet:

Der Münchener Arbeiterrat nahm gestern scharf gegen die geplante Gründung einer Bürgerwehr in München Einstellung und forderte zum Schutze des Proletariats die Errichtung einer Arbeiterwehr. Dagegen wurde in einer Kommunistenversammlung mitgeteilt, daß die Kommunisten in München schon in den nächsten Tagen mit der Bewaffnung der Arbeiter beginnen werden.

Um preußischen Kriegsministerium erfordert eine besondere Abteilung für Organisation und Bewaffnung von Bürgerwehren. Es ist dringend nötig, daß ihre bisherige Arbeit aufgedeckt und die Abteilung selbst aufgehoben wird. Diese Abteilung stand auch in Verbindung mit der Organisation der „Studentenwehr“ unter Leitung des Dr. Saal und Hauptmann Lorenz. Dieser offensichtliche Organisationsherd der Ebertschen Gegendemonstration muß rasch und gründlich aufgehoben werden.

Die gelöste Krise.

Vor zwei Tagen schrieben wir, daß eine Periode der Revolution am vorüber sei. Wenn man so sagen will: die parlamentarische Periode der Revolution, in der man glaubte, in Kabinetten und Zusammensetzungen, in parlamentarischen Kongressen und Konferenzen die Geschichte der Revolution bestimmen zu können. Es war die Zeit, da die Ebert-Scheidemann glaubten, man könne in dem Chaos der Revolution die Macht erstreiten, so wie man in den Parteidanktiven den Posten eines Vorsitzenden ergattert: durch eifriges Betonen der Einigkeit nach außen, durch listiges Begarnern, pfiffiges Schieben, und — wenn es sein muß — einige Pässe nach innen.

Der Firma Hesse-Dittmann-Barth fiel in diesem „Regierungsgeschäft“ eine besondere Rolle zu. Sie hatten noch augen hin die „Einigkeit“, den „gemeinsamen Boden des Sozialismus“ zu repräsentieren. Sie gaben das gefällige Neuherrn, hinter dem die Komplizen des genannten Regierungsgeschäfts sich schmähten verbargen.

Diese Art des Regierens, nach Art des Lebensmittelhandels in Friedenszeiten ist aus. Die Kanonen, die am Dienstag im Lustgarten donnerten, schossen die Salven für die vergangene und den Salut für die neue Zeit.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Veränderung des Wesens auch eine Veränderung der Personen zur Folge haben mußte. Die Regierung suchte in ihre zwei Hälfte jetzt fallend. Da es nicht mehr zu verschaffen gibt, braucht es keine Hölle, und die Herren Hesse-Dittmann-Barth könnten nach schwachsinnigen, freigemeinten Diensten wieder zur Seite treten.

Die „Bürgerräte“ sind verschwunden. Freilich: Ein ehrlich sehr ehrlicher Mensch in der Wilhelmstraße und der „Vorwärts“ in der Lindenstraße sind ihre Welt, und sie selbst verschließen sich nicht der Erkenntnis, daß das nicht genug sei. Sie wissen selbst, daß diese Basis zu schwach ist dafür, ein Reich in der Revolution zu beherrschen, und daß es gelte neue Waffen zu schmieden in dieser außerparlamentarischen Periode der Revolution.

Die neue Basis glaubt die neue Regierung gefunden zu haben. In diesen selben Tagen, da die „Krise“ über der Regierung hing, hat die, wie sie noch immer heißt, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, angehört, auch unzweifelhaft eine Proletarierpartei zu sein. Sie ist in aller Form und von Stichlens wegen die Organisation der Vorwärts geworden. Die Demonstration, die gestern stattgefunden hat, besiegelt die Neugestaltung. In allen Zeitschriften der Bourgeoisie war zu dieser Demonstration aufgerufen worden, die Demokratische Partei, die ehemals Freiianlagen, die Nationalliberalen, alle stellten sich in Reih und Glied hinter den sozialdemokratischen Zablabendkommandanten und schworen ihre weißen Läuselein „Für Ordnung und Ruhe, für Nationalversammlung“. Zu derselben Zeit, da die Berliner Proletarier um die wehenden roten Fahnen geschworen, durch die Stadt marschierten, trippelte der Heerbann des „Vorwärts“ daher wie die getupften Hühner, leblos, begeistertungslos, irre und irregeführt.

Das war die überkommenen politischen Auffassung der Parteifreunde in der Lindenstraße: die Auffassung, daß man alles organisieren könnte. „Wenn Spartakus Straßenkundgebungen macht, dann können wir es auch, die wir die alte Erfahrung im Organisierten haben.“ Das war die Logik dieser Herren.

Und diese Logik ist falsch. Warum? Die Massen, die der Ruf der Revolution auf die Straße führt, sind eine einheitliche, geschlossene Masse. Sie sind Proletarier schlechthin, sie sind die gewaltige Schar der physischen und materiellen Opfer des Krieges, sie sind die gewaltige Schar, die sich verbunden fühlt durch gemeinsame Freundschaft im Zuge des Kapitals und durch gemeinsame Glaubens an den Sieg.

Und die Demonstration für „Ruhe, Ordnung und Nationalversammlung“? Da marschiert der lebhafte Kleinstürger neben dem verdämten Eichsfeldproletarier, der Soldaten der Bourgeoisie neben dem unaufgeregten Arbeiter, — eine wie wirke Masse, eine Masse, die — wie wir neulich zum Clerger des „Vorwärts“ sagten — Objekt der Revolution ist, d. h. von der mitleidlosen Maschine der Revolution zerstochen wird in ihre verschiedensten sozialen Bestandteile.

Mit den revolutionären Proletarien kann man politisch kämpfen, mit dem gegenrevolutionären Sammelsurium nur stumpf wehren, jene ziehen auf der Straße einher als junge Sieger, diese als abgelebte Kreise, jene sind das Feld für

eine Zukunft, diese das zertrümmerte Erdreich der Vergangenheit, jene eine scharfe Waffe im Kampfe der Klassen, die eine Masse, die den Keim des Erfalls und der Demoralisation in sich trägt.

Die Ebert-Scheidemann können sich hier keine neuen Basis und keine neue Waffe schmieden; sie werden sich beschränken müssen auf das Schicksal aller Konservatoren: sich zurückziehen in die Burg des Kapitalismus, die bestündt ist mit Maschinengewehren und Kanonen. Das letzte Mittel, mit dem nach Bismarcks Wort jeder Esel regieren kann: die Gewalt.

Wenn die Kanonen von selber schossen, dann möchte das Mittel vielleicht ziehen. Es sind aber doch nur immer Proletarier, die kämpfen — die denkenden Proletarier im Waffenrad haben in diesen Tagen gezeigt, welches ihr Sinnen sei; die Ebert-Scheidemann mögen noch einmal Proletarier an die Geschosse stellen, noch einmal Leichen häufen; der Ausgang wird nicht zweifelhaft sein.

Und die Haeze-Dittmann-Barth? Sie glauben, nach diesen acht Wochen der Revolution trete man aus der Regierung aus, wasche sich die Hände und alles sei wieder gut. So ein gesetzter Minister: man wartet ein paar Monate und taucht dann wieder auf. Nein! Sie, die in acht Wochen von der Gegenrevolution gegehen haben, antreten duran werden. Sie sind nicht mehr die, die sie waren: „sie traten ein, als Mädchen ein, als Mädchen nicht zurück.“

Die Revolution kennt keine leichten Sünden, die die Zeit vergessen macht. Sie kennt nur ein Für und ein Wider, sie kennt nur die eine Sünde: am Geiste der Revolution, und das ist die, die nicht vergessen wird.

Die gestützten Volksbeauftragten werden in die Reihen der U.S.P. zurücktreten und nur noch weiter den Hauch der Verwesung in sie hineintragen, der von ihrem Wirken ausging. Gestützte Männer, von denen kein Lied und kein Heldenlang mehr werden und deren Name noch genannt werden wird, solange die Partei in ihrem Todeskampf sich windet. Mit deren letzten Röcheln wird auch ihr Name verhallen.

Sei Allem, wie ihm sei! Die Bourgeoisie unter der Regierung Ebert-Scheidemann hat mit dem gestrigen Tage zumut selbst die Strafe betreten. Sie mag geglaubt haben, das sei ihr klassischer Boden: hat sie ja früher schon die Revolution auf der Straße ausgetragen. Und doch wieder ist das ein Irrtum. Nicht die Bourgeoisie hat früher ihre Scharen auf die Straße gesandt: es waren immer die Proletarier, die unter der Führung der Bourgeoisie die Straße erkämpften. Heute stehen sie selber sich Auge in Auge gegenüber: die Unterdrücker und die Unterdrückten, die Herren und die Knechte. Die Bourgeoisie hat es gewollt, daß die Straße das Komplett werde, die Proletarier nehmen den Feind an, wo sie ihn finden, sie werden ihre Waffen bereit halten, sie werden kämpfen mit Todesverachtung und Freudigkeit, mit Hoffnung und mit Glauben in der Seele, und wir wollen das Ende erreichen.

Politische Übersicht.

Überzeugendblatt.

Wieder die Haeze, Dittmann, Barth als Zeigebücher abgesetzt sind, tritt die Ebert-Regierung unbehilflich auf: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Rosse, Doebele-Breslau, Bissell! Die Farbe ist wenigstens klar und unverfälscht. Die neue Regierung begrüßt in ihrer Proklamation „die langsehnte Handlungsfreiheit einer einheitlich gebildeten Regierung“.

„Handlungsfreiheit“ — worfür? Für die „erste Pflicht der Regierung“, und das ist: „Die öffentliche Ruhe und Sicherheit innerhalb des Staates“, das ist die Pflicht, „insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen“.

Also mit dicken Wörtern: „Ruhe“, „Ordnung“, „Sicherheit“. „Privateigentum“ — Kapitalismus. Das ist das Programm der neuen Regierung. Es ist nicht neu, nur die Präsentation, die Farbe ist, ist hinweg.

Fünf Mark pro „Demonstrant“.

Gente früh bei der Parole in der Kaiser der Garde südlich ließ in der Chausseestraße wurden die Mannschaften erzogen, sich an den „Demonstration der Mehrheitssozialisten“ zu beteiligen, von jeder Kompanie sollten sechs Mann antreten. Zur Aufmunterung wurde mitgeteilt, eine Musikkapelle werde mit im Zuge gehen, so daß es „ganz lustig“ zugehen werde, und obendrauf kriege jedermann für die Bereitstellung 5 Mark!

Mit solchen Mitteln haben die Ebert- und „Vorwärts“-Leute für ihre „Massendemonstration“ geworben!

Das gefälschte Telegramm.

Das „Berliner Tageblatt“ und die „Deutsche Tageszeitung“ bringen folgende Korrespondenz:

„Es scheint, daß die Vorgänge am 23. und 24. Dezember in Berlin von einer Seite wohl vorbereitet waren, und daß das Ziel einiger Kreise, den Bruderkrieg in vollem Umfang zu entfesseln, erreicht worden wäre, wenn alle Teile des Programmes sich „ordnungsmäßig“ abgewickelt hätten. Erst jetzt wird bekannt, in welcher Weise man versucht hat, die Berliner Garnison gegen Demonstranten mobil zu machen, damit unter allen Umständen wieder das Blut „ahnungsloser Passanten“ fließen sollte.“

Um Mittag des 24. Dezember, um 1 Uhr 30 Minuten, erhielten die Führer der Regimenter „Franz“ und „Augusta“ ein Telegramm des Generalkommandos, in welchem sie ersucht wurden, mit ihren Mannschaften um 3 Uhr 30 Minuten den Wilhelmplatz zu besetzen, da dort Arbeiter der Schwartkopff-Werke heranziehen würden, von denen man einen Angriff auf die Reichskanzlei befürchte. Die Truppen sollten geschäftsmäßig ausruhen, sich für 24 Stunden mit Lebensmitteln versorgen und die Fahrtliche mitnehmen. Der Führer des Regiments „Franz“, Herr Spiro, läutete daraufhin bei der Regierung an, in

deren Namen das Generalkommando angeblich das Mobilisierungstelegramm aufgegeben haben sollte. Zu Reichskanzlerpalais wußte man jedoch nichts von einer solchen Depesche. Daraufhin begaben sich die Soldatenräte der beiden Regimenter zu Unterstaatssekretär Voake, und es wurde festgestellt, daß weder die Regierung dem Generalkommando einen solchen Befehl erteilt habe, noch daß das Generalkommando die Truppen alarmiert hatte. Einige Soldatenräte der „Franz“ begaben sich nun nach dem Wilhelmplatz, wo sich tatsächlich zahlreiche Arbeiter der Schwartkopff-Werke eingefunden hatten. Die Leute befanden sich in größter Erregung, denn ihre Vertrauensleute hatten ihnen nach der Ankunft am Wilhelmplatz mitgeteilt, daß es zu einem Kampf kommen werde, da die „Franz“ und „Augusta“ heranzäckten, um, wie sie töricht behaupteten, „auf die Arbeiter zu schießen“. Die Soldatenräte klärten nun die Arbeiter auf, daß es sich um Misstiftikation hande, daß die Parteien handeln, daß die Truppen weder heranzäckten, noch ohne Grund auf Demonstranten schießen würden.

Es sind nun Untersuchungen im Gange, wer das gefälschte Telegramm des Generalkommandos abgegeben hat. Merkwürdig an der ganzen Angelegenheit erscheint der Umstand, daß die Vertrauensleute der Schwartkopff-Werke von einem Herannahmen von Truppen in feindseliger Absicht unterrichtet waren, während im Gegenteil doch ein solcher Befehl, der leicht zu blutigen Zusammenstößen hätte führen können, durch die Vorsicht der Regimentsführer erst gar nicht zur Ausführung gelangte. Hoffentlich gelingt es auch in diesem Falle, den Urheber des Telegrammes zu ermitteln, der den Anhängern des Spartacus-Bundes nicht über in die Hände gearbeitet hätte.

Um eine Missfälligung handelt es sich allerdings bei der Sache, eine Missfälligung, die aufs Haar der vom 6. Dezember gleicht. Die Vorstellung, daß Spartacus die „Franz“ alarmiert habe, um sie auf seine Seite schießen zu lassen, ist so absurd, daß kein Wort darüber zu verlieren ist. Das gefälschte Telegramm entspricht durchaus den bewährten Methoden der unterirdischen Gegenrevolution.

Da nun das Dokument einmal ans Tageslicht gekommen ist, was einfacher, als es dem Spartacus-Bund in die Schuhe zu schieben? Die wahre Quelle dieses Hälferturms wird durch diese Manipulation nur um so deutlicher angezeigt.

Die Ebert-Regierung wieder am Pranger.

W. T. B. ist — sicher mit saurer Miene — geneigt, folgendes Telegramm weiterzugeben:

London, 27. Dezember. Meister erklärt, daß die aus Berlin stammende Meldung, wonach die britische Admiralität der deutschen Flotte mitgeteilt haben soll, daß Schiffe unter roter Flagge ohne Warnung verschossen, Schiffe ohne Offiziere nach den Kriegssiegeln behandelt und daß die gesamte Mannschaft eines Schiffes standrechtlich erschossen würde, wenn ein Mitglied derselben bei der Durchsetzung britisches Interesses erkannt werden würde, von Anfang bis zu Ende erfunden sei.

Die hier von Meister amtlich dementierte Pogrom-Nachricht figurierte im „Vorwärts“ und der übrigen bürgerlichen Presse. Die Ebert-Regierung steht also wieder am Pranger.

Eberts neuer General.

Über den Nachfolger des Generals Lequis, General von Lüttwitz, erhalten wir folgende Mitteilung: Bei der Übernahmefestie des Volksstaats liegt Anfangsamt gegen General von Lüttwitz. Dieses soll Dichtheit und Neutralität gegen das Eigentum der Bewohner der besetzten Gebiete behaupten.

Heraus mit den Ultim! Ihre sofortige Veröffentlichung ist dringend geboten.

Pater Gluckus für die Nationalversammlung.

Das Königshütte schreibt man an: Gestern, am 24., hatten wir hier eine Katholikenversammlung im großen Saale des „Graf Neder“. Als Redner kam ein Dr. Fleischhert aus Berlin und legte sich, unter dem Patronat der hochwürdigen Geistlichkeit, für die Nationalversammlung und gegen die Gefahren des „Bolschewismus“ nach Kräften ins Zeug.

Allein die Versammlung zeigte keine Neigung, den salbungsvoll vorgetragenen Verleumdungen gegen den Sozialismus ein gebildiges Ohr zu leihen. Während der Ausführungen des Referenten wurden immer häufiger heftige Zwischenrufe laut; als aber die frommen Väter und ihre Schäflein den Opponenten mit dem Rufe „Kous!“ kommen wollten, entstand ein heftiger Turm und der Herr Fleischhert nebst seiner Garde wurde selber an die frische Luft gesetzt. „Das Königshütter Tagblatt“ zeiert heute natürlich über den „roten Terror“. Den Herrschästen kommt es eben überallwohl, daß man auch im Königshütte mit der Nationalversammlung und anderen Intrigen gegen die Revolution keine Geschäfte mehr machen kann.

Die Werbung und Pressung für die „Eiserne Division“.

Von der 2. Artillerie-Batterie, 8. Garde-Feldartillerie-Regiment wird uns berichtet:

Wir halten heute, 28. 12., 12 Uhr mittags, Antritt. Hierbei erklärte uns der Wachmeister Sommerfeld, daß 150 Mann des Regiments zum Grenzschutz Ost geholt würden. Die Einschließung und der Abtransport sollte schon am 28. 12. erfolgen: Es kämen für den Grenzschutz nur die Jahrgänge 97 bis 99 in Frage. Da Freiwillige sich nicht fanden, sollten zwangsläufig die Kameraden genötigt werden. Wir erklärten daraus, daß wir uns nicht weiter zum Kriegsdienst zwingen lassen würden. Wachmeister S. holte nun den Soldatenrat

herbei. Das Soldatenratsmitglied König drohte ganz im Tone des astiven Unteroffiziers, daß denen, die sich weigern, dem Befehl zu folgen, sofort Wohnung und Versorgung entzogen werden würde. Die Kameraden waren empört über die rücksichtlose Tonart des Königs und drohten dies durch Entzugs zum Ausdruck. Sie erklärten, daß sie sich das nicht gesellen ließen, worauf Offiziersstellvertreter Becker meinte: „Das werden wir ja sehen, dann werden wir Euch gegenüber mal andere Seiten aufsagen und mit Euch absahen.“ Becker drohte einem Kameraden mit Strafe, weil er eine Auseinandersetzung darüber fallen ließ. Wenn keine Ordnung bleibe, und wir nicht willig den Befehlen folge leisten, würde er Verstärkung vom Generalkommando herbeirufen und mit Gewalt vorgehen. Die Kameraden nahmen dann in einer Versprechung zur Sache Stellung, kamen einstimmig zur Aussicht, daß weder freiwillig noch mit Gewalt wir zum Grenzschutz Ost gehen würden. Hierbei sagte Becker seine drohenden Worte in Wrede zu stellen. Wir forderten B. auf, unsere Weigerung den zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen. Auch bei der ersten Batterie suchte man Leute für den Grenzschutz zu bestimmen. Einem protestierenden Kameraden wurde Bedrohung durch die Woche angedroht.

Diese offizielle Pressemethode wird ergänzt durch entsprechende Propaganda.

Augusti Winnig, Generalbevollmächtigter des Deutschen Reiches für die baltischen Lande, erläuterte gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber von Elsass einen Verbaustur für die „eiserne Division“, der an gnädiger Freiheit alles bisherige übertrifft.

An den Soldatenräten ist es, dieser frechen Propaganda und der Presung ihrer Kameraden zu Landesknechten der Gegenrevolution sofort das Handwerk zu legen.

Keine schlesische Republik.

Der „Vorwärts“ meldet:

Breslau, 28. Dezember. Von gestrige Seite wird uns mitgeteilt: Die heute in Berliner Blättern erschienenen Meldungen über Aufruf einer schlesischen Republik entbehren der Gründung.

Wie wir erfahren, sind zwei Vertreter zur Klärung der Dinge nach Breslau gereist.

Die Nachricht von der Bildung einer schlesischen Republik hat das Eberle-Schwindschiff selbst gesprochen und noch mit Goiz unterstrichen, dies sei ein Werk der Mehrheitssozialisten.

Keine Marine in Frankfurt a. M. gegen Spartakus.

Aus Frankfurt wird uns von der Marinetruppe telefonisch mitgeteilt:

Die Mitteilung der R. T. bewaffnete Matrosen seien in einer Versammlung der demokratischen Partei erschienen, um gegen Spartakus einzutreten, beruht auf einem Mißverständnis. Die Matrosen waren vielmehr in jener Versammlung nur erschienen, um gegen die Verleumdungen einzutreten, die gegen ihre Berliner Kameraden ausgedroht wurden.

Neue Märchen über den Bolschewismus.

Der Name „Vorwärts“ bringt Gift aus allen Blättern, um Grenzmärchen von den schrecklichen „Bolschewisten“, d. h. russischen revolutionären Arbeitern berichten zu können. In der gestrigen Sonntagsnummer drückt er das gar gleichzeitig eines Artilleurs aus der „Lijenskaia Wiss“ und eines „Vorwärts“ vor dem Bolschewismus“ in gewisser Weise „aus Russland zurückgekehrter Reichsdeutsche“ ab. Was das letzte Elbtonal beruft, ist kaum es ganz einfach aus den Kreisen des Bundes zum Kampf gegen den Bolschewismus“ der von deutschen Offizieren gegründet worden ist, die wie Kommandeur Kessing oder Reichswehr Wüsing die Spiegeladmiralität Württemberg zu Südwürttemberg bildeten. Über diesen Wurf und seine journalistische Leute Herrn Hans Vorwärts wird noch manches zu sagen sein. Jetzt wollen wir nur in paar Stellen aus allen heißen „gesagten“ Proklamationen hier festzustellen.

Der „Vorwärts“ drückt mit Entzücken die Nachricht ab, daß Anfangs Dezember in Moskau die Läden gesperrt waren. Da sah ihr die Böhmischer, die haben den Handel ruinieren. Nun, die Läden waren gesperrt aus einem sehr einfachen Grunde: weil der Moskauer Soviet den ganzen Handel in seine Hände gerissen hat, um Ausbeutung der Arbeiter durch die Spekulanten ein Ende zu machen. Während der Ausnahme der Warenbeschränkungen waren die Läden vorübergehend geschlossen. Das Organ der „Sozialdemokratischen Partei“ erläutert natürlich in dieser Ausrottung der Spekulanten eine unterzürliche Sünde wider den heiligen Geist des Kapitals. Die deutschen Proletarier hingegen können die russischen Genossen zu ihrem Kampf gegen den Bucher nur beglückwünschen.

Was die „Lijenskaia Wiss“ über die Russen berichtet, ist zum Teil richtig, wenn auch nur übertrieben. Seitdem die Organisation der armen Bauern starke Fortschritte macht, ist die Gefahr jener Russen viel geringer: die armen Bauern werden mit den Dorfschultern schon fertig werden. Ganz verdient in dem Bericht der „Lijenskaia Wiss“ unterstrichen zu werden: „Die Bauern sind unzufrieden, daß die von den Gutsbesitzern konfisziierten Ländereien nicht ganz ihnen übergeben werden sollen, sondern teilweise am Ende der Errichtung von Kulturstädtchen zur Nationalisierung bestimmt seien.“ so berichtet der Kronzeuge des Vorwärts. Und das Blatt der Ebert-Regierung drückt das ab, ohne zu merken, welche Erfreude es sich damit versetzt. Es hat ja die Arbeitersregierung Russlands systematisch als eine reelle „Festung“ dargestellt, die nur vernichten, nichts aufzubauen versucht, und sieht da: „jetzt muß es selber berichten, daß die Sovjetregierung den Kampf gegen die Bevölkerung nicht hat, um Kulturstädtchen zu gründen!“

Das Aufgebot der Gegenrevolution.

Das ganze durch die Strohsämpfe des 24. Dezember aus einer trübe aufgesetzte Bürgerum, die Sache des zusammengebrachten Kriegsministirs, die jetzt um ihre Existenz zittern, — die alten Unteroffiziere u. w. —, die Proletarier, die bisher abseits vom politischen Kampfe standen, — die Sozialdemokraten, die Eisenbahn u. w. —, die zunächst nach der Seite laufen, die die marxistische Rhetorik macht, und der kleine Teil der Arbeiterschaft, der noch im Banne der Gewerkschafts- und Parteidemokratie steht, tritt sich gestern um dieselbe Zeit, zu der sich an anderer Stelle das klassenbewusste Proletariat versammelte, um ihren durch die Welt und Konjunktur hingemordeten Kameraden das letzte Geleit zu geben.

Eine traurig-tümliche Szene! Es mag manchem dar allerdings nicht zu jährliehen Arbeitern recht sonderbar in dieser eigenartigen Umwelt zu tun gewesen sein. Besonders sich doch bei der ganzen Demonstration nicht die Sozialdemokratie auch nur eines Verlustes Großverlustes. Es waren außerdem zu viele alte Bekannte darunter, die noch bis vor kurzem willig die Kräfte über die Arbeiterschaft abwenden halfen. Auch vielen der erschienenen Bürgerlichen merkte man es an, wieviel Neubewußtung es ihnen wieso, auch auf die Soziale zu gehen". Sie hielten sich größtenteils, wie es gesetzten Bürgern zuließ, neben den Zügen, die von den eingezogenen Tummlerplätzen dem Reichstag zustießen, aus den Bürgersteigen. Über die Angst um ihren Besitz ließ auch manche die Sorgen überwinden und sie stiegen sich in die Reihen. Die so Herten haben allen Anlass, für die Regierung Ebert-Scheidemann zu demonstrieren, ja, sie doch, daß diese Pseudosozialisten ihre einzigen Steuer sein können. Interessant war es jedoch, zu beobachten, welche Vermutungen das Erkennen einer wahren Fahne aus der Aussicht „Proletariat aller Länder vereinti Euch“ bei den Demokraten auslöste.

Charakteristisch für diese Kundgebung war, daß die einzelnen Züge von Musikkapellen begleitet waren, die nicht etwa die bekannten sozialistischen Kampflieder erklangen ließen, sondern — ganz der Situation angepaßt — Weisen, wie „Denkt du denn, denkt du denn, du Berliner Blanke“ usw. oder bekannte Märkte spielen, unter deren Klängen vierzehn Jahre hindurch die Proletarier im feindgrauen Hof zur Schlachtkunst geführt wurden. An der Spitze des Zuges, der aus Charlottenburg kam, fuhr ein Automobil, das größtenteils verdeckt war und auf dem sich einige Soldaten befanden. Die Zündung war nicht schwer zu erraten. Als Erste marschierten im Zuge ein Trupp der Suppegarde, selbstverständlich in voller Uniform ihrer Raabzüge und Drabender, genau wie früher bei Kriegervereinsparaden.

Das Haupttheater stand vor dem Symbol vergangener Rostkriegerherrlichkeit, dem Reichstag, statt. Dort, an der denkwürdiger Stätte, an der am 4. August 1914 die Ebert-Scheidemann ihren Berat an der sozialistischen Arbeiterschaft begannen, schwangen sie ihre Waffen für „Ehre und Ruhe“ gegen die sozialistischen Kreisvereine.

Aus der Internationale.

Belgische Sozialisten gegen Annexionen.

Brüssel, 27. Dezember. Der sozialistische Kongress nahm folgende Tagesordnung an:

Hinreichlich der internationale Politik ist der Kongress fest entschlossen, jeder Politik entgegenzutreten, die es sich zum Ziel setzt, imperialistische Bestrebungen zu begünstigen und die Völker ihres Selbstbestimmungsrechtes zu berauben.

Es wird also Sache der Verbesserung des Großherzogtums Luxemburg sein, sich selbst darüber auszuspielen, ob sie sich einem anderen Staate anschließen will und welchem. Es wird Sache der wallonischen Ortschaften Rheinpreußens sein, zu erklären, ob sie sich zur deutschen Republik befehligen oder sich mit den anderen wallonischen Bevölkerungen des befreiten Belgien vereinigen wollen.

„Bolschewismus“ in Italien.

Amsterdam, 28. Dezember. (W. T. B.) Noch einer Meldung des Telegraphen aus London hat die Leitung der italienischen sozialistischen Partei am Montag in Bologna eine wichtige Versammlung abgehalten, um über ihre Haltung gegenüber dem Vorgehen der Extremisten, die bolschewistische Ereignisse zu zeigen beginnen und bereit für ihre Ideen Propaganda machen, möglichst zu werden. Der Times-Korrespondent in Mailand hat, obwohl die Sitzungen geheim waren, erfahren, daß nach langer und ziemlich aufgeregter Debatte ein Antrag angenommen wurde, in dem vorgeschlagen wurde, daß von Europa geführte Vorgehen zu mäßigen.

Die französischen Sozialisten gegen die Annexion deutschen Gebietes.

Das „Berl. Tagbl.“ bringt aus dem Haag folgende Nachricht vom 28. Dezember:

Aus Paris wird gemeldet: In der heutigen Konferenz wurde von den Sozialisten und den äußersten linken Gruppen ein neuer Angriff gegen die Regierung unternommen. Bei Eröffnung der Sitzung durch den Konsulpräsidenten Deodhane waren die meisten Minister anwesend. Auch Clemenceau, der bei der Debatte das Wort erzielen sollte. Sofort nach Eröffnung der Sitzung schlug der Sozialist Menandier vor, nur über ein Brüderfest des Budgets abzustimmen. Dieser Vorschlag wurde von der Kommission mit 382 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Sohn ergriff Cachin das Wort. Er forderte, daß die Regierung vom Vorabend des Kongresses zu Versailles und herausragen lassen solle, ob sie mit Willens Friedensprogramm einverstanden sei. Als der Redner über die mit Frankreich geschlossenen Geheimverträge sprach, rief Clemenceau dazwischen, daß diese Verträge auf der Konferenz zu Versailles zur Sprache gebracht werden würden. Cachin kritisierte dann weiter das Abkommen zwischen den Alliierten bezüglich Kleinfrankreichs, daß eine Trennung zwischen Syrien und dem Libanon vorherrsche. Dann sprach er über die Beziehungen zu der neuen deutschen Republik. Er sagte: „Unser Land hat sich groß gezeigt dadurch, daß es immer mit Kraft protestierte, wenn es angegriffen wurde. Man würde es nicht gerne hören, wenn morgen gegen Frankreich ein gleichartiger Protest eingelegt würde, und das

ich frage ich im Geiste der französischen Revolution, ob wir das territoriale Programm der Regierung unterstützen wollen. Wir wollen kein Land unterstützen, das später einen proklamierten Abstandnahmen beobachtet würde, und ich denke dabei besonders an die Bevölkerung des linken Rheinufers und des Saargebiets. Wenn Sie verlangen wollen, daß diese Kinder keine Soldaten und keine Gefangen mehr beschaffen dürfen: nun gut, aber keine Anklamation ohne die Zustimmung dieser Länder.“ Franklin Bouillon rief: „Die Worte, die Sie da bezüglich des linken Rheinufers annehmen, hat die Kommission für auswärtige Angelegenheiten längst zu ihrer Sache gemacht.“ Da er fragte: „Was das Saargebiet anbelangt, so hat sich diese schon längst Frankreich angegeschlossen.“ Cachin berührte dann die Grenzen in Nachland. Er sagt, daß der Minister des Außenhandels über die Expedition nach Nachland interpelliert, erklärt habe, daß man davon absieben werde. Auf der Ministerbank erhebt sich Bichon und sagt: „Sei nicht! Ich habe nicht gesagt, daß man davon absieben soll, ich habe einfach gesagt, daß sie nicht in der von den Blättern angekündigten Weise stattfinden wird.“ Cachin erfreut dann seine Rede fortlaufend, die Regierung ihre Politik hinsichtlich Franklands vor der Kommission aneinanderzuwerfen. Er fragt, zu welchem Zweck französische Truppen nach Nachland geschickt worden sind. Durch einen napoleonischen Einfall werde man den Strom, in dem sich das russische Volk befindet, nicht aus der Welt schaffen können. Cachin endete mit einem Hinweis auf die 14 Punkte für Wilsons und besonders auf den Punkt, der sich auf das Kölnerrecht bezieht. Nach ihm sprachen noch verschiedene andere Redner. Clemenceau bekräftigte sich darauf, mitzuteilen, daß die Regierung es dann antworten werde, wenn der Gesamtversatz artilleristisch behandelt würde, was Protest bei den Sozialisten hervorruft, die befürchten, daß die Regierung die Kommission unwürdig behandelt. Darauf wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Bolschewismus in Oberschlesien.

Unter dieser Überschrift teilt die bürgerliche Presse vom 28. Dezember mit:

Amtlich wird mitgeteilt, daß auf den Grund des oberösterreichischen Zentralausschusses reiner Bolschewismus und Anarchismus herrsche. Die Generalkomiteen und Direktionen werden zwangsweise in die Fechenhäuser gebracht und unter Bedrohung zu Unterschriften gezwungen. Wenn die Regierung nicht sofort schärfste Maßnahmen ergreift, besteht die Gefahr einer Stillegung der oberösterreichischen Gruben und damit des Zuständigkeitsbereiches des ganzen Birthstädte. Die Zahl der Zuständigkeiten hat sich wieder erhöht. Heute streiten Hedwigswunsch, Ludwigsglück, Dubenky, Preßnitz, Castellengo, Brandenburg und die Friedensgrube.

Man lese das genau: Amtlich wird durch die bürgerliche Presse etwas mitgeteilt und in dieser Mitteilung wird die Regierung zu schärfsten Maßnahmen aufgefordert. Wie heißt das Amt, das die Regierung auffordert, die Streikgelüste der Arbeiter mit blauen Bohnen zu kurieren? Die bürgerliche Presse hilft natürlich kräftig nach, um den Boden für neue Schiezerien der Oberleute vorzubereiten. Die Druderschärze ist kaum trocken, mit der die kapitalistischen Soldatschreiber ihre eigenen Lügen aus dem Kührtreier dementieren müssen, und schon sehen sie folgende angebliche Meldungen der Handelskammer Oppeln in die Welt:

Auf der Straße Schlesien hat gestern ein Teil der Arbeiter das Verwaltungsgebäude gestürmt, den Director Drechsler und den Berginspektor Lutz ergreissen und mit Gewalt ins Zechenhaus geschleppt. Dort wurden beide Beamte auf einen Tisch gesetzt und durch Totenkopfbefehl gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort zu bewilligen. Die wichtigste davon lautet auf Ausschaltung von 800 Mark pro Kopf bei nächster Löschung. Werden diese Forderungen überall ausgeübt, so wird dem oberösterreichischen Steinkohlenbergbau eine Mehrbelastung von 80 Millionen Mark entstehen. Die Arbeiter brachten dabei Hochrufe auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus. Auch auf der Donnerkarschütte und Grube wurde die Verhandlung mit Gewalt gezwungen. Die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Den aufständischen ist die Friedensgrube. Infolge der rüttigen Agitation von polnischer und bolschewistischer Seite ist ein weiteres bedrohliches Anwachsen der Unzufriedenheit in den nächsten Tagen zu erwarten. Wenn nicht unverzüglich regierungstreue Truppen in den Industriebezirk entsandt werden, so ist in den nächsten Tagen mit Vahnsiedlung aller Betriebe durch den kleinen bolschewistischen Teil der Belegschaft, der die anderen Arbeiter terrorisiert, zu rechnen.“

Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert“, so sagte schon Wilhelm der Linke, der wenigstens Gott nicht bestreit, zum Schutz der von Gott gewollten kapitalistischen Weltordnung vorherbestimmt zu sein. „Schwerste Strafe demjenigen“ usw. — das ist auch die ganze Weisheit der „sozialistischen“ Regierung Ebert-Scheidemann. Sie wird zwar noch mehr Proletarier, nicht aber den Gedanken der Sozialisierung der Betriebe totschlagen können. Die Schilderungen der kapitalistischen Soldatschreiber, so sehr sich diese bemühen, die Streikenden als Blinder und Zerstörer hinzustellen, lassen trotz allem erkennen, daß die Proletarier nicht mehr für die Ausbeuter strotzen, sondern die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wollen.

Der „sozialistische“ Staatssekretär des Reichswirtschafts- amts, Herr Dr. August Müller, hat nach dem gestrigen „Berliner Tageblatt“ die Vertreter der bürgerlichen Presse wie folgt belehrt:

„... ist bei uns eine Sozialisierung unmöglich. Die Entente wird uns unser Staatseigentum als Pfand abnehmen. Daher ist es eine Unmöglichkeit, den Bergbau usw. zu verstaatlichen. Sozialisierung des Bergbaus wäre sogar ein Verbrechen. Sozialisierung soll unzweckmäßiges Denken für die Allgemeinheit sein. Kommunalsozialismus dagegen wird möglich sein. Sozialisierung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das wissen die wenigsten Sozialisten. Für das Reichswirtschaftsamt gibt es nur einen Grundzweck: Welche Wirtschaftsform ist rationeller vom Standpunkt der Allgemeinheit (nicht des Arbeiters) aus? Nur aus dieser Erwägung heraus wir sozialisieren, aber nicht nur deshalb, weil wir Sozialisten sind. Die Sozialisierungskommission ist nicht identisch mit Reichswirtschaftsamt; sie ist vielmehr eine freie wissenschaftliche Kommission, für die das Reichswirtschaftsamt nur die geschäftlichen Voranlehnungen geleistet hat. Ihre Beschlüsse faßt sie in eigener Verantwortung und überträgt sie nur dem Reichswirtschaftsamt als Material. Eine Beschlüsse vor beständigen Instanzen (Parlament usw.) wird nicht legalisiert werden. Dr. Müller schloß seine Aussführungen mit den Worten: Der Arbeitersinn muß wieder gerettet werden.“

Die Soldatschreiber der Kapitalisten waren davon höchst beeindruckt; die Proletarier lassen sich von ihren Zielen indeed ebenso leicht durch Möllers Klinge als durch die ständigen Drohungen mit blauen Bohnen abbringen. Und der Arbeitersinn wird durch seine drei Methoden gefördert werden:

W. T. B. meldet vom 29. Dezember:

In Linz versuchte die entsetzte Menge, die Grabenstraße zu überwältigen, so daß eine Kompagnie herbeigerufen werden mußte. Es kam zu einer Schießerei, durch die schließlich die Ausländer vernichtet wurden. Gestern aber stürmten Bergarbeiter das Verwaltungsgebäude der sozialistischen Bergwerksleitung in Hirschowitz und mißhandelten den verantwortlichen Director Oberberg nicht sofort bewilligen wollte.“

Parteidochrichten.

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Am Montag, dem 30., und Dienstag, dem 31. Dezember, findet im Festsaal des Abgeordnetenhauses die Reichskonferenz des Spartakusbundes statt.

Tagesordnung:

1. Die Krise in der U. S. S. R. Ref.: Karl Liebknecht.
2. Die Nationalversammlung. Ref.: Paul Levi.
3. Unser Programm und die politische Situation. Ref.: Rosa Luxemburg.
4. Unsere Organisation. Ref.: Hugo Eberlein.
5. Wirtschaftskämpfe. Ref.: Paul Lange.
6. Internationale Konferenz. Ref.: Hermann Dauter.

Die Konferenz tagt öffentlich in der Zeit von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr. Zuhörerarten werden durch die Vorsitzende des Spartakusbundes ausgetragen.

Aus den A.- und S.-Räten.

Die Durchführung der Soldatenbeschlüsse des Zentralkomitees.

Die „Börsische Zeitung“ meldet:

Bei den Beratungen des Zentralkomitees und der Regierung spielt die Frage eine Hauptrolle, wie man eine zuverlässige Wehrmacht schaffen und gleichzeitig dem stürmischen Verlangen nach Befreiung der Kriegsgefangenen nachkommen kann. Die Meinungen gehen darüber erheblich voneinander. Bemerkenswert war das Ergebnis einer Abstimmung aller Soldatenräte von Hamburg, Altona und Umgebung, die den Mehrheitssozialistischen Kampf mit 212 gegen 112 Stimmen zum Votum erheben wollten, nachdem dieser erklärt hatte, solange die Linkskommunisten solchen Unstimm machen wie in Berlin, könne man nicht mit ihnen arbeiten. In einer Entschließung an die Reichsleitung wurde verzögert, daß die Beschlüsse des Ratkongresses über die Kriegsgefangenen überzeugt, zum Beispiel für das Heer erhoben werden. Weiter wird gefragt: „Die Abschaffung der Kriegsgefangenen richtet sich gegen das alte System, nicht gegen einzelne Personen, und bedeutet keine Degradierung der bisherigen Träger der Kriegsgefangenen. Wir geben der Reichsregierung anheim, zu entscheiden, ob die Einführung anderer Kriegsgefangenen erforderlich ist.“

Man will also den Krieg machen, ohne ihn nach zu machen. Es scheitert.

Ein Beschluss der Republikanischen Soldatenwehr:

W. T. B. verbreite folgende Rundschau:

Die hierin in der Sitzung der alten Bibliothek verhandelten Soldatenräte und Deputierten der Republikanischen Soldatenwehr zusammen mit der neu eingestellten Kriegsminister-Kommission erheben einstimmig schriftlichen Protest gegen die in letzter Zeit gegen die R. S. W. erhobenen Vorwürfe der Unzulänglichkeit. Die R. S. W. steht nach wie vor geschlossen hinter der gesamten Reichsregierung. Die R. S. W. erhebt immer ganz entschieden Protest gegen den Vortrag, ob sie eine Beeinflussung der Regierung betrifft. Befreiung des 1. Kommandanten-Posten unternommen hätte. Sie wiederholte hierauf den Vortrag des Vertreters der Berliner Truppen, der holzigen Sicherheitsbeamten und der Vollmarines-Division, zusammen mit der Soldatenwehr im Schloss am 28. Dezember, daß Adjutant Fischer solange den Kommandanten-Wall zu vertreten habe, bis über den 1. Kommandanten-Posten weiteres beschlossen sei. Sie erklärt, daß Adjutant Fischer nicht das getan hat, den Kommandanten von Wall zu vertreten.

Der Beschluss ist unklar. Zur gesamten Reichsregierung gehören am Tage der Entschließung auch noch Freunde und Genossen. Sie stellt sich die Soldatenwehr vor Diktator Ebert, der Diktator eines Parteidamms, der das gerade Gegenteil der Diktatur des Proletariats, also der Volksmeinheit ist? Soldatenwehr mit der Marine, mit der Revolution ist heute mehr als je Pflicht aller, die überzeugte Sozialisten sind. Ein eindeutiges Bekenntnis zu diesen Pflichten würde die Stellung der Soldatenwehr zweifelsfrei klären.

Bunderversammlung der Soldatenräte.

Das Büro der Soldatenräte Groß-Berlins beruft eine Vollversammlung der Deputierten für Montag, den 30. Dezember, um 9 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichstages ein. Auf der Tagesordnung, die noch bekanntzugeben wird, steht zunächst Bericht der Verhandlungskommission, einschließlich Sachen zum Arbeitern- und Soldatenrat bzw. Volksrat Groß-Berlin.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Konferenz der Syndikalisten.

Die am 26. Dezember 1918 zu Berlin abgehaltene Konferenz der Syndikalisten Deutschlands hat folgende Resolution gefaßt:

„Erklärt, daß die wirtschaftliche Betreuung der Arbeiterschaft nur das Werk der Arbeiter ist, d. h. ihrer Gewerkschaften, der gewerkschaftlichen Organisationen, der revolutionären Gewerkschaften, kein Raum zu lassen ist. Eine Erwiderung, daß die Gewerkschaften den Arbeitern nicht mehr als Pflicht übernehmen, ist nicht möglich, wenn die Monarchie und der Militär noch bestehen. Die kapitalistische Führung ist die einzige, die die Arbeiterschaft bestimmt.“

Das Ziel der proletarischen Revolution ist die Geschichtsbildung der kommunistisch-syndikalistischen Gewerkschaften. Sie kann nicht erreicht werden durch die Diktatur des Proletariats und die Sozialrevolution.

Der Konferenzausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden, ist kein reaktionäres Syndikalist. Die Beteiligung der Gewerkschaften ist kein reaktionäres Syndikalist. Die Beteiligung der Gewerkschaften ist kein reaktionäres Syndikalist.

Schaft um Parlamentarismus hat das Proletariat vom Klassenkampf abgedrängt. Parlamentarismus und Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterschaften zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller sozialen Ziele des revolutionären Proletariats. Nur durch den unvölkischen Klassenkampf, durch wirtschaftliche Mittel der im revolutionären Gewerkschaften zusammengehörigen Arbeiter kann der Kapitalismus gestoppt werden. Gestriges und sittliche Entwicklung der Einzelpersonalität und direkte Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes Einzelnen führen zum Ziel.

Die Konferenz vertritt deshalb jede Vertreibung der revolutionären Arbeiterschaft an den Vorarbeiten und Wahlen zur Nationalversammlung. Sie tritt ein für die Fortsetzung aller Parlemente und Gewerkschaften und Übernahme ihrer Funktionen durch A. und K. Räte.

Die Konferenz erklärt sich bereit, mit allen revolutionären Gruppen zusammenzuarbeiten, die zum gleichen Ziele streben und jeglichen Parlamentarismus als Kampfmittel ablehnen. Sie empfiehlt den entschlossenen Organisationen und agitatorischen Kräften der Wahlkämpfe im antiparlamentarischen Sinne zu führen.

Die Konferenz der deutschen Sozialisten fordert, dass wachstumsschwierige Elemente aus dem bürgerlich-reformistischen Zentralverbänden den Rücken zu führen und Organisationen zu gründen, sobald solchen anzuschließen, die sowohl den auf Verbesserung der Lebensbedingungenzielenden Klassenkampf führen, als auch die Mitglieder geistig und sittlich唆mit schulen, um durch Massenaktionen die Erweiterung des Kapitalismus vorzubereiten.

Aus Groß-Berlin.

Spartakus-Arbeiter- und Soldaterräte, sowie Dilekte der Großbetriebe.

Von Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 6 Uhr, Zusammentreffen bei Wegener, Schinkelstraße 30 (am Spittelmarkt). Tagesordnung: Bericht der Kommission über die wirtschaftlichen Übergangsmaßnahmen.

Die Profitsucht der Hochbahn.

Die Hochbahn, bei der man sich jetzt vielfach erst anstellen muss, eine Fahrkarte zu erhalten, weil selbst bei stürmischem Verkehr mitunter nur ein Schalter geöffnet ist, und die in ihren Wagen nicht selten die doppelte und dreifache Zahl der Fahrgäste befördert, die nach den Vorschriften zulässig ist, entwidelt einen fabelhaften Reisshunger nach Profit. Sie kreist in den kapitalistischen Plätzen:

Die Hochbahngesellschaft hat bei der jetzt im Wege der Verbündung erfolgten Ausregelung der Arbeitsbedingungen sicher der Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftshilfe zugestimmt, um grobem Unzufriedenheit machen müssen. Allein die Einführung

des Schlundentoges erfordert einen jährlichen Mehraufwand von 1,5 Millionen Mark; der Durchschnittspreis für die Arbeitsstunde stellt sich auf mehr als das Dreifache der Höhe der ersten Kriegsjahre. Zum ganzen werden, auf ein Jahr berechnet, Mehrosten im Betrage von etwa sechs Millionen Mark entstehen. Die Wirkung einer solchen Mehrbelastung auf den Betrieb und die Weiterentwicklung des Unternehmens lässt sich schon daraus erkennen, dass sich vor dem Kriege der Höchstbetrag des auf die Stammstrecke derartigen Reingewinnes auf 3150000 Mark belief, im Durchschnitt der letzten drei Kriegsjahre auf rund 2 Millionen Mark. Weder die jetzige Überfüllung, die sowohl mit der Biederlehr anderer Streikverhindernmittel und mit der Bewilligung stärkeren Kohlenverbrauchs wachsen wird, noch die am 1. April d. J. eingeführte Tarifabschaltung vermögen auch nur entfernt einen Ausgleich herbeizuführen. Eine Erhöhung der hiernoch bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten lässt sich nur darin sehen, dass mit dem Nachlassen der heutigen herrschenden Teuerung sich die Löhne wieder erhöhen werden, und dass im übrigen durch einen erneuten Tarifabschlag, wie er jetzt in Hamburg nötig geworden ist, ein angemessenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht wird.

Und die bürgerliche Presse, die bei jeder Wohnförderung der Arbeiter Setzettobis kritisiert, findet für diesen geplanten neuen Raubzug gegen die Berliner Bevölkerung kein Wort der Kritik. Ob scheint ihr selbstverständlich zu sein, dass in der „sozialistischen“ Republik aus jede kleine Wohnsteigerung eine große Erhöhung des Nutzniehmerprofits folgen muss.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Bei der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin waren bis Sonnabend, den 21. Dezember, 69979 Arbeitslose eingetragen. Von diesen haben 3060 Arbeit angenommen, so dass 66919 eingetragene Arbeitslose verblieben sind.

Die Patrioten.

Der „Lokalzeitung“ berichtet in seiner Sonntagsnummer über folgenden „Skandal auf dem Filmball“:

„Der gestrige erste Bühnen- und Filmball, der von einem großen „Sektionelle“ im Marmontheim des „Dor“ veranstaltet worden war, und auf dem französische und amerikanische Tänzerpaare ihre Kunst zeigen sollten, ist durch einen lautem Skandal erheblich gestört worden. Schon vor den Tanzauftakten waren, wie uns nichts berichtet wird, Soldaten erschienen, um das Auftreten der französischen Herrinnen zu verhindern, und auch die Direktion des „Dor“ hatte erklärt, dass sie nicht tanzen dürften, weil ein Skandal befürchtet werden würde. Dieser Skandal trat dann auch prompt ein, als das französische Tänzerpaar Molaine und Fernando aus Paris den Teppich betraten, um mit ihren

neuen Gesellschaftsräten zu beginnen, als sich ein Sturm des Mißfallens erhob und große Pisse aus dem Saal stoben. Fräuleine war über diese Tollheit höchst entzückt und soll, wie uns von einem Augenzeugen berichtet wird, gerufen haben: „Hoch lebe Frankreich!“ Das sei dann doch Zeichen zum Beginn eines allgemeinen Turniers gewesen, der die Franzosen zwangen, vom Schauspiel abzutreten. Trotz dieses Missgeschicks vertraten später die Amerikaner Dances und Bilder aus New York dem Publikum ihre Phantasien zu zeigen, aber ein allgemeiner lauter Protest und gelende Rufe zeigten ihnen, dass auch sie nicht erwünscht seien. So machten auch die Amerikaner ihren Verlust auf sich.“ Nach diesem Antrezzzo wurde offiziell auf weitere Tanzexperimente verzichtet.“

Wir haben uns nochmals davon überzeugt, dass dieses Vorkommen sich nicht im August 1914, sondern nach der Revolution in Dezember 1918 abgespielt hat, zu einer Zeit, in der die bürgerliche Presse täglich die Ereignisse um günstige Friedensbedingungen amtierte.

Der Verlust.

Der Testator Kreisstag hieß am Sonnabend eine Sitzung ab, die von dem Landrat von Ahrensburg mit folgender Anrede eröffnet wurde: „Seit der letzten Kreisversammlung haben sich so schmerzverwiegende Ereignisse abgespielt, dass mir die Worte fehlen, um auszudrücken. Wir haben den Krieg verloren — das deutliche Volk hat aber auch seine Ehre verloren. Deutschland ist zerissen und soll weiter zerstört werden. Unter diesen Umständen kann es und nicht übermäßig erschüttern, wenn wir hören, dass auch die Tage des Freies Testom geschllossen sind. Einflussreiche Leute wollen jetzt ein Groß-Berlin schaffen. Wir werden also bald die große Reichshauptstadt in dem kleinen Reich erleben, und dabei wird auch der Kreis vom Ergebnis verhindern — ein Gedanke, der uns vor kurzem noch auf das tiefste erschüttert hätte, der uns jetzt aber fast läuft. Der Kreis Testom ist für viele Jahrhunderte ein geschlossenes Ganze gewesen und auf dem Gebiete der Selbstverwaltung ist er als unberechnet bezeichnet worden. Nun ist er allem Anschein nach dem Untergang geweiht, und wir sind heute älter Vorwurf noch zum letzten Male verurteilt, um den Hochsophialen zu erledigen.“

Der Herr Landrat hat das deutsche Volk zu dauerndem Ehrenverlust verurteilt. Das Volk wird aber bald noch mehr verlieren, nämlich seine Landräte, die unter der Regierung Ebert-Scheidemann weiterhin ihr Unwesen treiben dürfen.

Versammlungs-Kalender.

30. Dezember.

Steilis, Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Hotel Schellhase, Ahornstr. 15a, Mitgliederversammlung der U. S. S. D.

Arbeiter, sammelt für den Kampffonds des Spartakusbundes!

Warschauer Konzert-Hallen

Berlin, Warschauer Straße 61 (am Bahnhof Warschauer Brücke).

zäglich: Künstler-Unterhaltungs-Konzert

unter Mitwirkung des Violinisten Dorst-Jung.

Eintritt: Montag 6 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Eintritt frei.

Warme Kleid. Keine Jacke zu tragen. Besonders keine.

Meinlebende Freunde und Genossen!

dienstag, den 31. Dezember, voraussichtlich 1/2 6 Uhr:

Sylvestterfeier

für Meinlebende
im „Dresdner Carter“,
Dresden, Straße 45.

Dorträge, Recitationen,
Lieder zur Laute, Säkere
Verleistung

bei zwanglos. Zusammensein.

Nieder alleinstehende Mann
und jede alleinstehende Frau
ist herzlich eingeladen.

Eintritt frei.
Leon Hirsch.

Spartakusbund (Moabit) 3. Bezirk.

Am 1. Januar findet im Stadttheater Moabit um 1 Uhr

eine große öffentliche Vollversammlung

statt. Genosse Karl Liebknecht spricht über:

„Die Aufgaben des revolutionären

Proletariats im neuen Jahre.“

Rautabak,

Inserate

inden in der

Roten Fahne

weltweit verbreitet!

Bestellungen nimmt entgegen der

Verlag „Die Rote Fahne“

Berlin SW. Klosterstrasse 14.

Friedrich-Straße 217 II

Fernruf:

Amt Lützow 5735.

An das nächste Postamt schicken.

Bestellschein.

Ich abonneiere hiermit auf die täglich erscheinende Zeitung

„Die Rote Fahne“

zum Monatspreise von 1,50 M. und wünsche freie Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnort: _____

Strasse: _____

An das Postamt:

Ortsverein Neuföhn der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Mitgliederversammlung

am Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr
im Wintergarten-Saal der Union-Brauerei,
Hausenstraße 22/31.

Tagessordnung:

1. Stellungnahme zum Verhalten der Partei in der Revolutionszeit.

Referent: Gen. Haase.

Referent: Gen. Liebknecht.

2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Der Vorstand.

Spartakusbund (Moabit) 3. Bezirk.

Verleihlokal des Spartakusbundes:

Gustav Röhler, Wittstocker Straße 19.

Bestellt Verkauf der Leitsätze unseres Bundes. Abonnenten der „Roten Fahne“ erhalten dieselbe durch unsere Mediatoren.

Zettelsteller, Otto, Lüderitzer Straße 43

Röhler, Gustav, Wittstocker Straße 19

morgens ins Haus geliefert.

Arbeiter, werdet Leser der „Roten Fahne“.

Zeitung.

Verlag: „Die Rote Fahne“, Hugo Grottkau, Berlin.

Zeitungshändler! Zeitungskredite!

Sonntagabend, den 28. Dezember erscheint:

Die Verfassung der russischen

föderativen Sowjetregierung.

vollständige Ausgabe. Verkaufspreis 50 Pf.

Diese wichtige Schrift wird viel verlangt werden. Ich gewähre bei Abnahme größerer Partien hohe Rabatte.

Auslieferung: Verlag „Die Aktion“,

Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 17, Gh.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Soldaten!

Parteigenossen!

Revolutionäre sozialistische Jugend!

Freitag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr

Sophienjäle, Berlin, Sophienstraße

Deutschen Frauenversammlung.

„Christentum und Sozialismus“.

Referent: Pfarrer von Goslar.

Proletarier, erscheint in Massen!

Der Herausgeber: U. S. P. Deutschland.

J. A.: Franz Bierkert.

Achtung! Soldaten!

Die Geschäftsräume des

„Roten Säkularbundes“

befinden sich fest

Berlin SW. 48,

Besselstraße 14, Hof portiert.

Die Aktion

ZEITUNG FÜR POLITIK, LITERATUR, KUNST UND SOZIALE FRAGE

Het 49/50 enthält u. a.

Karl Sternheim:

Die Autorenehr der

Revolution.

Franz Euremir:

Ein gemagtes Spiel.

Die Sozialdemokratie und

der Krieg.

Reinhard Wiemert:

Kunst, Brecht & Co.

Die Verfassung der

russischen Sowjetrepublik.

Peter Benda:

Der Künstler und die

Revolution.

Das Einzelheft kostet 80 Pf.